Open Government: Konzeption und Gestaltung im gesellschaftlichen Diskurs

Bernd W. Wirtz/Daniel Schmitt

Open Government steht allgemein für die Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber Wirtschaft und Bevölkerung. In den letzten Jahren hat Open Government in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen. Trotz des erheblichen Bedeutungsanstieges hat sich bisher noch kein einheitliches Verständnis des Begriffs bzw. Konzepts etabliert. Ziel dieses Beitrags ist es daher, ein umfassendes und integratives Verständnis für das Konzept des Open Government zu entwickeln. Hierzu werden zunächst die Entwicklungen zu Open Government beschrieben und die unterschiedlichen Definitionen aus dem Schrifttum dargestellt, um darauf aufbauend eine integrative Definition zu Open Government zu entwickeln. Anschließend werden die Elemente zu Open Government hinsichtlich ihrer Charakteristika sowie ihrer Wirkungen analysiert und anhand eines integrativen Konzepts dargestellt. Die Ausführungen sollen der deutschen Verwaltungspraxis helfen, eine klare Entwicklungslinie zu verfolgen.

Einführung

Open Government hat in den letzten Jahren in der Politik, Wirtschaft, Verwaltung und der Wissenschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere das Memorandum von US-Präsident Barack Obama „Transparency and Open Government" aus dem Jahre 2009 hat zu einem hohen Bekanntheitsgrad sowie einem gesteigerten Interesse an Open Government geführt.[1] Auch in Deutschland wird Open Government vom Bund im Rahmen seiner ‚Open Government Data-Initiative' aufgegriffen.[2] Daneben hat es in der Verwaltung & Management Diskussionsbeiträge zum Beitritt Deutschlands zur ‚Open Government Partnership' gegeben.[3]

Open Government steht allgemein für die Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber Wirtschaft und Bevölkerung. Damit soll insbesondere dem Bedürfnis der Bürger entsprochen werden, an staatlichen Entscheidungen teilzuhaben. Oft sind damit Forderungen nach mehr Transparenz, Partizipation und Kollaboration verbunden. Auch stehen die Überlegungen zu Open Government verstärkt im Zusammenhang mit dem Einsatz von sozialen Medien bzw. dem Einsatz von Web 2.0. Insgesamt sollen Bürger somit leichter auf Verwaltungsdaten zugreifen und mit der Verwaltung kooperieren können.

Trotz des erheblichen Bedeutungsanstieges von Open Government hat sich bisher noch kein einheitliches Verständnis des Begriffs und des Konzeptes etabliert. Dementsprechend sind auch die im Schrifttum verbreiteten Definitionen und Ansätze zu Open Government sehr unterschiedlich. Vor dem Hintergrund der noch sehr frühen Entwicklungen zu Open Government überrascht diese Unbestimmtheit nicht. Allerdings kann das bisherige unterschiedliche konzeptionelle Begriffsverständnis angesichts der wachsenden Bedeutung von Open Government nicht als zielführend angesehen werden.

Ziel dieses Beitrags ist es daher, ein umfassendes und integratives Verständnis für das Konzept des Open Government-Ansatzes zu entwickeln. Hierzu werden zunächst die Entwicklungen zu Open Government beschrieben, um ein Basisverständnis für den Kontext zu erhalten. Im Anschluss daran werden unterschiedliche Definitionen aus dem Schrifttum dar-

Bernd W. Wirtz
Inhaber des Lehrstuhls für Informations- und Kommunikationsmanagement an der DUV Speyer

Daniel Schmitt
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Informations- und Kommunikationsmanagement an der DUV Speyer

1 Obama 2009.

2 Siehe IT-Planungsrat 2012 sowie Bundesministerium des Innern 2014a.

3 Siehe Wewer 2014; Lucke/Herzog/Heise 2014.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gestellt, um darauf aufbauend eine integrative Definition zu Open Government zu entwickeln. Darauf folgend soll ein weiter reichendes und differenziertes Verständnis zum Open Government-Konzept entwickelt werden. Hierfür werden die Elemente zu Open Government hinsichtlich ihrer Charakteristika sowie ihrer Wirkungen analysiert und anhand eines integrativen Konzepts dargestellt. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick.

Entstehung und Entwicklungen zu Open Government

Die konzeptionellen Überlegungen zu Open Government reichen weit in die Vergangenheit zurück und stehen schon früh in einem Zusammenhang mit Informationsfreiheit, Korruptionsbekämpfung und Transparenz-Initiativen.[4] Bereits im Jahr 1789 erklärt US-Präsident Thomas Jefferson, dass für das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung ein gewisser Grad an verfügbaren Informationen erforderlich ist.[5]

Insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre bilden sich in den USA aus den ersten Entwicklungen zu E-Government die technischen Grundlagen für die ersten Open-Government-Initiativen heraus. Der amerikanische E-Government Act aus dem Jahr 2002 stützt zudem den Anspruch der Bürger auf elektronischen Zugriff auf Verwaltungsdaten. Infolgedessen werden der breiten Öffentlichkeit umfassend Verwaltungsdaten online zur Verfügung gestellt. Zudem wächst bei den Bürgern mit dem Aufkommen und der verstärkten Nutzung von sozialen Medien bzw. dem Web 2.0 der Wunsch nach einer Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen.[6] Diesen Wunsch nimmt US-Präsident Barack Obama in seinem Memorandum „Transparency and Open Government" auf und formuliert darin den neuen Anspruch gegenüber Regierung und Verwaltung: „My Administration is committed to creating an unprecedented level of openness in Government. We will work together to ensure the public trust and establish a system of transparency, public participation, and collaboration. Openness will strengthen our democracy and promote efficiency and effectiveness in Government."[7]

Auch international nimmt Open Government einen immer wichtigeren Stellenwert ein. So initiierten im Jahr 2011 acht Länder – darunter die USA, Großbritannien und Norwegen – die sog. „Open Government Partnership", eine internationale Plattform zur Förderung von Open Government. Dieser Plattform haben sich bis zum Ende des Jahres 2014 57 weitere Länder angeschlossen, darunter Kanada, Australien, Spanien und Italien.[8] Aber auch die G8-Staaten – darunter Russland, Japan und Deutschland – haben im Juni 2013 eine gemeinsame „Open Data"-Charta beschlossen. Danach sollen Verwaltungs- und Regierungsdaten soweit wie möglich veröffentlicht werden, um deren Potenzial als Ressource zu nutzen und damit gesellschaftlichen Wohlstand zu fördern.[9] Demnach kann von einem globalen Trend gesprochen werden.

Der globale Trend von Open Government gewinnt auch in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Kennzeichnend hierfür ist bereits der Beschluss des IT-Planungsrats zur Förderung von offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln aus dem Jahr 2012. Hierbei rücken insbesondere Überlegungen zu Transparenz, Partizipation und Kollaboration in den Fokus.[10] Bedeutsamer erscheint jedoch der „Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Open-Data-Charta der G8". Hierin legt die Bundesregierung u.a. fest, dass bis zum Jahresende 2015 sukzessive bestimmte Kern- und Zusatzdatensätze auf dem öffentlichen Internetportal www.govdata.de eingestellt werden.[11]

Die Erscheinungsformen von Open Government sind weltweit vielfältig und unterschiedlich zugleich. So gibt es Projekte, die versuchen öffentliche bzw. soziale Probleme mit Hilfe von öffentlichen Ideen- und Innovations-Wettbewerben zu lösen (Citizen Innovation). Andere Projekte hingegen versuchen, die Bürger und Unternehmen in bestehende administrative Prozesse einzubinden (Citizensourcing) oder aber auch zu einer gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung zu bewegen (Collaborative Democracy).[12]

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Open Government global an Bedeutung gewinnt und dabei inhaltlich sowie konzeptionell ein vielfältiges Bild zeichnet. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden die Definitionen zu Open Government behandelt.

»Open Government gewinnt global an Bedeutung und zeichnet dabei konzeptionell ein vielfältiges Bild.«

Definitionen zu Open Government

Aufgrund der noch frühen Entwicklungen zum Thema Open Government existieren im Schrifttum nur wenige Definitionen. Insgesamt konnten zu Open Government nur sechs Definitionen im referierten

4 Nam 2012, S. 348.
5 Yagoda 2010, S. 274.
6 Evans/Campos 2013, S. 173 f.
7 Obama 2009.
8 Open Government Partnership 2014.
9 Bundesregierung Deutschland 2013, S. 27.
10 IT-Planungsrat, S. 1 f.
11 In Anlehnung an Bundesministerium des Innern 2014b.
12 Hilgers 2012, S. 643 ff.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Autor	Definition	Subjektbezogene Aspekte	Funktionale Aspekte	Teleologische Aspekte
Obama (2009)	My administration is committed to creating an unprecedented level of openness in government. We will work together to ensure the public trust and establish a system of transparency, public participation, and collaboration. Openness will strengthen our democracy and promote efficiency and effectiveness in government.	Prozess für ein beispielloses Maß an Offenheit der Regierung	Open Government als Instrument zur Gewährleistung öffentlichen Vertrauens	Transparenz, öffentliche Partizipation und Kollaboration
OECD (2009), S.113.	Open and responsive government refers to the transparency of government actions, the accessibility of government services and information, and the responsiveness of government to new ideas, demands and needs.	Prozess zur Schaffung einer offenen und zugänglichen Regierung	Open Government als Instrument für die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen	Transparenz und Zugang
Geiger/ Lukke (2012), S. 226.	Open government acts as an umbrella term for many different ideas and concepts. The narrow definition of Open government consists of transparency, participation and collaboration of the state towards third actors in the economy or the citizenship. Most often, Open government is equated with e-government and the usage of information and communication technologies.	Prozess zur Schaffung einer Beziehung zwischen Regierung und Dritten	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien	Transparenz, Partizipation und Kollaboration
Meijer et al. (2012), S. 13.	Openness of government is the extent to which citizens can monitor and influence government processes through access to government information and access to decision-making arenas.	Prozess, der den Zugang zur Regierung ermöglicht	Open Government als Instrument der Bürger zum Beeinflussen und Beobachten von Regierungshandeln	Transparenz und Partizipation
Hilgers (2012), S. 640.	Open Government als Praxis zur Integration externen Wissens in den politisch-administrativen Prozess. Dies kann durch formelle und informelle Beziehungen geschehen, die grundsätzlich stark durch die Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechniken geprägt sind. Gerade in der Nutzung informeller Arrangements zeigt sich der neue Charakter von Open Government.	Bündelung von unterschiedlichen Prozessen	Formelle und informelle Beziehungen, welche von den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beeinflusst werden	Integration externen Wissens
Evans/Campos (2013), S. 173.	Open government is widely understood as the leveraging of information technologies to generate participatory, collaborative dialogue between policymakers and citizens.	Bündelung von unterschiedlichen Prozessen	Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien	Schaffung eines partizipatorischen und kollaborativen Dialogs

Abb. 1: Open-Government-Definitionen (In Anlehnung an Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 3)

Schrifttum gefunden werden.[13] Da ihre Bedeutungen zum Teil erheblich voneinander abweichen, werden im Folgenden die einzelnen Definitionen vorgestellt und deren Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Darauf aufbauend wird anschließend im Rahmen einer synoptischen Definitionsanalyse eine integrative Definition abgeleitet.

In Abbildung 1 werden die einzelnen Definitionen aufgeführt und nach subjektbezogenen, funktionalen und teleologischen Aspekten analysiert. Die aufgeführten Definitionen weisen in Bezug auf die subjektbezogenen Aspekte eine ähnliche Perspektive auf: Sie alle verstehen Open Government als einen permanenten gesellschaftlichen Prozess. Dagegen werden bei den Definitionen in Bezug auf die funktionalen Aspekte zwei unterschiedliche Perspektiven deutlich. Die erste Perspektive erkennt in Open Government generell ein Instrument der Bürger zur Beeinflussung ihrer Regierung. Die zweite Perspektive fokussiert auf die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber der Gesellschaft. Hinsichtlich teleologischer Aspekte weisen nahezu alle Definitionen ebenfalls eine ähnliche Perspektive auf: Das gemeinsame Ziel ist die Verwirklichung von Transparenz, Partizipation und Kollaboration.

Die Analyse der unterschiedlichen Definitionen zeigt, dass Open Government als ein permanenter Prozess verstanden wird, der die Verwirklichung von Transparenz, Partizipation und Kollaboration zum Ziel hat. Unterschiedliche Meinungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob den Informations- und Kommunikationstechnologien eine unmittelbare Funktion bei der Zielerreichung zukommt.

Vor dem Hintergrund dieser synoptischen Analyse lässt sich die folgende integrative Definition ableiten: „Open

13 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 5.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

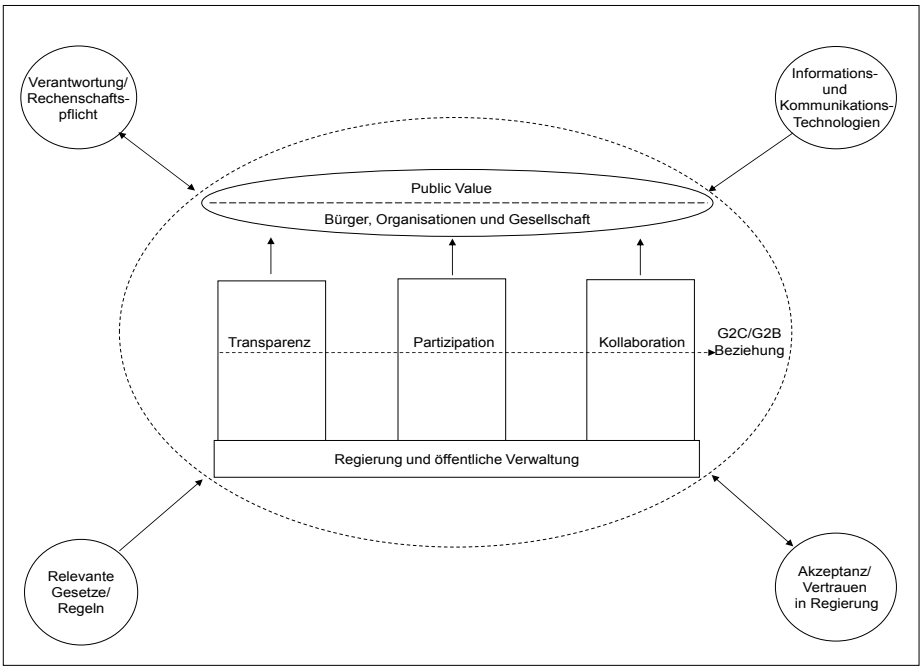

Abb. 2: Integratives Open Government-Konzept (In Anlehnung an Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 9)

Government ist ein komplexer, multilateraler, politischer und gesellschaftlicher Prozess, der insbesondere transparentes, kollaboratives und partizipatives Regierungs- und Verwaltungshandeln umfasst. Hierbei sollen vor allem Bürger und gesellschaftliche Gruppen in die gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse eingebunden und das Vertrauen sowie die Effektivität und Effizienz von Regierungs- und Verwaltungshandeln verbessert werden."[14] Diese integrative Definition bildet die Grundlage für ein einheitliches Verständnis von Open Government.

Das integrative Open-Government-Konzept

Für ein weiterreichendes und differenziertes Verständnis zu Open Government ist es notwendig, die einzelnen Elemente zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Charakteristika sowie ihrer Wirkungen in einem integrativen Konzept zu analysieren.

Aufgrund der zuvor entwickelten integrativen Definition können bereits die ersten Elemente von Open Government identifiziert werden. Besondere Bedeutung haben hierbei die Elemente Transparenz, Partizipation und Kollaboration.

Das Schrifttum benennt jedoch noch weitere Elemente von Open Government. Diese sind die Verantwortlichkeit bzw. die Rechenschaftspflicht der Regierung und öffentlichen Verwaltung gegenüber ihren Bürgern, die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die Beziehung zwischen Staat und Bürgern bzw. Unternehmen (im Folgenden: G2C/G2B-Beziehung, Government to Citizen/Government to Business), die relevanten Gesetze und Regeln, die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung sowie der Public Value.[15] Abbildung 2 stellt die Elemente und ihre Beziehungen zueinander in einem integrativen Open-Government-Konzept dar.

Die Darstellung zeigt auf, dass Transparenz, Partizipation und Kollaboration eine besondere Bedeutung innerhalb des integrativen Open-Government-Konzepts haben. Sie sind die Säulen von Open Government und haben im Vergleich zu den anderen Elementen einen direkten Einfluss auf den Public Value.

Auch ist daraus ersichtlich, dass die drei Säulen Transparenz, Partizipation und Kollaboration von den peripheren Elementen Informations- und Kommunikationstechnologien, Verantwortung/Rechenschaftspflicht, relevante Gesetze/Regeln, Akzeptanz/Vertrauen in Regierung sowie durch die Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern bzw. den Unternehmen (G2C/G2B-Beziehung: Government to Citizen/Government to Business) beeinflusst werden. Zugleich haben diese Elemente nur einen mittelbaren Einfluss auf den Public Value.

Um das integrative Open-Government-Konzept bzw. das Zusammenwirken der einzelnen Elemente besser zu verstehen, werden diese im Folgenden dargestellt. Die Darstellung umfasst dabei sowohl die Definition als auch die konzeptionellen Aspekte des jeweiligen Elementes. Zusätzlich werden zu den drei Säulen von Open Government (Transparenz, Partizipation und Kollaboration) besonders geeignete Instrumente zu deren Verwirklichung angeführt. Abbildung 3 fasst die Darstellung der Säulen von Open Government (Transparenz, Partizipation und Kollaboration) zusammen.

Transparenz

In Bezug auf Open Government kann Transparenz als der Ausdruck eines gemeinschaftlichen Strebens von Gesellschaft, Regierung, Medien und Wirtschaft hin zu einer offenen Entscheidungsfindung beschrieben werden.[16] Hierbei sind drei Aspekte wesentlich: Zum einen ein starkes, unabhängiges und kritisches Parlament. Zum anderen eine rege Beteiligung der Gesellschaft am öffentlichen Diskurs über die Medien und sonstige Vereinigungen. Und zuletzt die systematische und zeitnahe Veröffentlichung von Haushaltsdaten.[17] Für die Verwirklichung von Transparenz hat die zeitnahe Veröffentlichung von Informationen eine besonders starke Bedeutung. Allerdings ist mit dem zeitnahen und aktiven Bereitstellen von Informationen auch ein höherer administrativer Aufwand verbunden.[18]

Transparenz ist die im Schrifttum meist erwähnte Säule von Open Government. Sie erhielt bereits lange vor dem Memorandum von US-Präsident Obama „Transparency and Open Government" im Jahre 2009 hohe Aufmerksamkeit, insbesondere

14 In Anlehnung an Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 2 ff.
15 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 10 ff.
16 Ball 2009, S. 302.
17 van Dooren/Caluwe/Lonti 2012, S. 497.
18 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 9.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Transparenz	Partizipation	Kollaboration
Definition • Ball (2009) beschreibt Transparenz als den Ausdruck eines gemeinschaftlichen Strebens von Gesellschaft, Regierung, Medien und Wirtschaft hin zu einer offenen Entscheidungsfindung • van Dooren/Caluwe/Lonti (2012) identifizieren zu Transparenz drei wesentliche Aspekte: Zum einen die systematische und regelmäßige Veröffentlichung von Haushaltsdaten. Zum anderen ein starkes, unabhängiges und kritisches Parlament. Und zuletzt eine rege Beteiligung der Gesellschaft am öffentlichen Diskurs über die Medien und Nichtregierungs-Organisationen	**Definition** • Harrison et al. (2012) beschreiben Partizipation als die Einbindung der Bürger in die staatliche Entscheidungsfindung zu ihren Angelegenheiten durch öffentliche Diskussion und Beratung	**Definition** • Obama (2009) beschreibt Kollaboration als Zusammenarbeit der Behörden aller Ebenen untereinander sowie deren Zusammenarbeit mit Unternehmen, Bürgern und gemeinnützigen Vereinigungen. Dabei sollen insbesondere moderne Instrumente, Methoden und Systeme genutzt werden
Konzeptionelle Aspekte • Meist erwähnter Kerntreiber von Open Government • Erhält bereits seit Längerem besondere Aufmerksamkeit (lange bevor Obama´s Memorandum im Jahr 2009) • Besonders starke Impulse zu transparentem Regierungshandeln gehen von den Entwicklungen zu New Public Management aus • Die zeitnahe Veröffentlichung von Informationen ist ein wesentlicher Bestandteil von Transparenz • Der Zugang zu Informationen ist der entscheidende Vorteil von Transparenz • Die aktive Bereitstellung von Informationen durch die Verwaltung erfordert höheren Aufwand und qualifiziertes Personal, wodurch Kosten entstehen	**Konzeptionelle Aspekte** • Wesentlicher Bestandteil des integrativen Open Government-Konzeptes, jedoch im Schrifttum weniger stark als Transparenz behandelt • Wesentlich für die Fortentwicklung demokratischer Prozesse • Stärkt die Effektivität von Demokratie und das Vertrauen in die Regierung • Ermöglicht den Zugriff auf kollektives Wissen, Erfahrungen und Ideen der Bevölkerung • Verbessert die Entscheidungsqualität der Regierung • Zu viel Partizipation kann politische Entscheidungsprozesse behindern • Die öffentliche Entscheidungsfindung kann erhebliche zusätzliche administrative Kosten verursachen	**Konzeptionelle Aspekte** • Kollaboration wird - im Gegensatz zu Transparenz und Partizipation - erst seit jüngerer Zeit mit demokratischen bzw. politischen Theorien direkt verbunden • Findet und ermöglicht neue Lösungen für aktuelle Probleme der Regierung • Verlangt Partnerschaften und Kooperation zwischen allen staatlichen Ebenen sowie mit der Wirtschaft, Bevölkerung und sonstigen nicht-staatlichen Institutionen • Integriert engagierte Bürger aktiv in staatliches Handeln • Schafft und nutzt kollektive Intelligenz • Erfordert eine hohe Bereitschaft zur Kooperation seitens der staatlichen Institutionen und deren Mitarbeiter
Einflussfaktoren • Informations- und Kommunikationstechnologien • Akzeptanz/Vertrauen in die Regierung • Relevante Gesetze/Regeln • Verantwortung/Rechenschaftspflicht	**Einflussfaktoren** • Informations- und Kommunikationstechnologien • Akzeptanz/Vertrauen in die Regierung • Relevante Gesetze/Regeln • Verantwortung/Rechenschaftspflicht	**Einflussfaktoren** • Informations- und Kommunikationstechnologien • Akzeptanz/Vertrauen in die Regierung • Relevante Gesetze/Regeln • Verantwortung/Rechenschaftspflicht
Wechselbeziehungen • Bedeutender Treiber von Public Value • Stärkt die staatliche Verantwortung/Rechenschaftspflicht • Stärkt öffentliches Vertrauen in Regierungshandeln • Steht in Wechselwirkung mit Akzeptanz/Vertrauen in die Regierung	**Wechselbeziehungen** • Erhöht den Public Value • Stärkt die staatliche Verantwortung/Rechenschaftspflicht • Steht in Wechselwirkung mit Akzeptanz/Vertrauen in die Regierung	**Wechselbeziehungen** • Erhöht den Public Value • Steht in Wechselwirkung mit Akzeptanz/Vertrauen in die Regierung
Instrumente zur Implementierung • Einsatz von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien • Verstärkte Nutzung des Internets	**Instrumente zur Implementierung** • Soziale Medien und andere Technologien • Crowdsourcing	**Instrumente zur Implementierung** • Soziale Netzwerke • Innovative Instrumente, Methoden und Systeme

Abb. 3: Darstellung der Kerntreiber zu Open Government (In Anlehnung an Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 12)

aber seit Beginn der neunziger Jahre im Zusammenhang mit den Überlegungen zu New Public Management und dem damit verbundenen Wunsch nach einer durch den Staat aktiv gestalteten Transparenz.[19] Zur Verwirklichung von Transparenz wird in der Nutzung des Internets und der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ein hohes Potenzial gesehen.[20]

Partizipation

Partizipation kann in Bezug auf Open Government als die Einbindung der Bürger in die staatliche Entscheidungsfindung zu ihren Angelegenheiten durch öffentliche Diskussion und Beratung beschrieben werden.[21] Durch diesen Prozess wird es der Regierung idealerweise ermöglicht, ihre Effektivität und die Qualität ihrer Entscheidungen zu verbessern, indem sie auf das kollektive Wissen und die Erfahrungen sowie auf die Ideen der Bevölkerung zugreift.[22]

Mit Partizipation sind mehrere positive und negative Aspekte verbunden. Generell trägt Partizipation zu einem stärkeren Vertrauen der Bürger in ihre Regierung bei.[23] Auch wenn Partizipation im Schrifttum weniger stark als Transparenz behandelt wird, so ist sie dennoch wesentlich für die Fortentwicklung demokratischer Prozesse und damit auch für Open Government.[24] Allerdings kann das mit Partizipation verbundene Verfahren zur öffentlichen Entscheidungsfindung erhebliche zusätzliche administrative Kosten verursachen. Darüber hinaus benötigen partizipative Entscheidungsprozesse wesentlich mehr Zeit.[25] Ebenso ist es vorstellbar, dass sich manche Regierungsbereiche nicht für eine öffentliche Beteiligung eignen. Dazu können beispielsweise Bereiche der inneren Sicherheit gehören.[26]

Die Möglichkeiten zur Partizipation werden insbesondere durch die sozialen Medien und die Web 2.0-Technologien ermöglicht. Ihre verstärkte Nutzung erscheint besonders gut geeignet, um ein hohes Maß an Partizipation zu erzeugen.[27] Die Einbindung der Bürger und Unternehmen in administrative Prozesse im Sinne eines „Crowdsourcings" birgt dabei ein hohes Potenzial.[28]

Kollaboration

Kollaboration wird von US-Präsident Obama in seinem Memorandum „Transpa-

19 Grimmelikhuijsen/Meijer 2013, S. 137.
20 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 9.
21 Harrison et al. 2012, S. 87.
22 Chun et al. 2010, S. 2.
23 Luna-Reyes/Chun 2012, S. 79.
24 Reddick/Ganapati 2011, S. 195.
25 Reddick/Ganapati 2011, S. 195.
26 Meijer/Curtin/Hillebrandt 2012, S. 23.
27 Evans/Campos 2013, S. 173.
28 Mergel 2012, S. 283.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rency and Open Government" als Zusammenarbeit der Behörden aller Ebenen untereinander sowie deren Zusammenarbeit mit Unternehmen, Bürgern und gemeinnützigen Vereinigungen beschrieben. Hierbei hat die Nutzung moderner Instrumente, Methoden und Systeme eine besonders starke Bedeutung.[29]

Im Gegensatz zu Transparenz und Partizipation wird Kollaboration im Schrifttum nur wenig mit Open Government oder gar mit demokratischen Theorien assoziiert.[30] Erst mit dem Memorandum von US-Präsident Obama bekommt Kollaboration im Jahr 2009 einen Bezug zu Open Government und begründet damit den Anspruch gegenüber Regierung und Verwaltung, die aktive Zusammenarbeit mit Bürgern und Unternehmen zu forcieren.[31]

Im deutschen Raum wird Kollaboration auch mit den Begriffen Kooperation, Koproduktion oder Zusammenarbeit umschrieben.[32] Der IT-Planungsrat definiert Kollaboration bzw. Zusammenarbeit als „[…] das vertiefte Zusammenwirken von staatlichen Stellen untereinander sowie des Staates mit gesellschaftlichen Gruppen bei der Erledigung von Aufgaben. Ziel ist es, das in der Gesellschaft und den staatlichen Stellen vorhandene Wissen zu vernetzen, um damit die Qualität des Verwaltungshandelns zu erhöhen, Aufwand zu begrenzen und ggf. neue Wertschöpfungsketten zu ermöglichen."[33] Kollaboration bindet die Bürger und Unternehmen aktiv in die staatlichen Prozesse ein. Hiermit ist insbesondere die Hoffnung verbunden, gesellschaftliche Probleme mit Hilfe von neuen Ideen kreativ zu lösen.[34]

Wie auch bei den anderen zwei Säulen von Open Government erscheinen die sozialen Medien besonders gut geeignet, um für Kollaboration eine Plattform zu bilden. Auf solchen Plattformen können beispielsweise Informationen getauscht, die Zusammenarbeit koordiniert oder gemeinschaftlich nach Lösungen gesucht werden.[35]

Public Value

Der Public Value kann allgemein als die Verwirklichung von Interessen des Einzelnen und der Gesellschaft verstanden werden, welche insgesamt durch staatliche Institutionen und Handlungen gefördert werden.[36] Hierbei soll insbesondere ein gesellschaftlicher Mehrwert generiert werden, der dem Aufwand zu Open-Government-Maßnahmen gegenüber gestellt werden kann.

Die Generierung von Public Value ist die zentrale Aufgabe von staatlichem Handeln und damit auch von Open Government. Die Bereiche, in denen Public Value generiert werden kann, sind dabei sehr vielfältig und unterschiedlich, wie etwa die Bereiche Wirtschaft, Politik oder Soziales.[37]

Das Messen oder die Bestimmung von Public Value ist nur begrenzt möglich. Statt Public Value direkt zu messen, können vielmehr die Mechanismen zu dessen Generierung untersucht werden. Ansatzpunkte für eine mögliche Messung oder Bestimmung von Public Value sind nach Harrison et al. insbesondere die drei Säulen von Open Government Transparenz, Partizipation und Kollaboration.[38] Allerdings stehen hierzu weitere Untersuchungen zu einer möglichen Messung noch aus.

Informations- und Kommunikationstechnologien

Informations- und Kommunikationstechnologien sind ein wichtiges Instrument zur Umsetzung von Open Government. Besonders bedeutsam sind hierbei die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.[39]

Die neueren Informations- und Kommunikationstechnologien, wie Web 2.0 oder die sozialen Medien, haben einen besonders starken Impuls zur Öffnung von Regierung und Verwaltung gegeben. Die mittlerweile in der Gesellschaft weit verbreitete Nutzung dieser Informations- und Kommunikationstechnologien fördert und fordert allgemein eine stärkere soziale Interaktion. Hiervon bleiben die Interaktionen zwischen den Bürgern und ihrem Staat nicht unberührt.[40]

Allerdings stellt der Einsatz von neueren Informations- und Kommunikationstechnologien die Regierung und Verwaltung vor besondere Herausforderungen. Mit der Etablierung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden erhebliche finanzielle und personelle Investitionen notwendig. So müssen beispielsweise die Informations- und Kommunikationstechnologien erworben,

»Transparenz, Partizipation und Kollaboration sind die wesentlichen Kerntreiber zu Open Government. Allerdings sind auch die Wirkungen der peripheren Elemente zu beachten.«

29 Obama 2009.
30 Harrison et al. 2012, S. 88.
31 Deckert/Stern/Sack 2011, S. 220.
32 IT-Planungsrat, S. 1 f.
33 IT-Planungsrat, S. 1 f.
34 Deckert/Stern/Sack 2011, S. 220.
35 Chun et al. 2010, S. 2.
36 Harrison et al. 2012, S. 90.
37 Harrison et al. 2012, S. 90 f.
38 Harrison et al. 2012, S. 91.
39 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 11.
40 Evans/Campos 2013, S. 173.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Public Value	Informations- und Kommunikationstechnologien	Akzeptanz/Vertrauen in Regierung	Relevante Gesetze/Regeln	Verantwortung/Rechenschaftspflicht	G2C/G2B Beziehung
Definition • Public Value kann im weiten Sinn als die Verwirklichung von Interessen des Einzelnen und der Gesellschaft verstanden werden, welche insgesamt durch staatliche Institutionen und Handlungen gefördert werden (Harrison et al. 2012) • Gesellschaftlicher Mehrwert, der durch Open Government generiert wird	**Definition** • Technologien sind ein wichtiges Instrument zur Umsetzung von Open Government. Besonders bedeutsam sind hierbei die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien	**Definition** • „Akzeptanz" ist das Ausmaß, inwieweit Bürger der Open Government-Strategie und deren Umsetzung durch die Regierung/Verwaltung zustimmen • „Vertrauen" kann als Zuversicht der Bürger in die Arbeit ihrer Regierung verstanden werden	**Definition** • Relevante Gesetze und Regeln sind der für Open Government maßgebliche rechtliche Rahmen	**Definition** • Verantwortung/Rechenschaftspflicht kann als Verpflichtung der Regierung und/oder Verwaltung verstanden werden, staatliche Aufgaben wahrzunehmen und hierfür öffentlich und transparent Rechenschaft zu leisten	**Definition** • Die G2C/G2B Beziehung bezeichnet sowohl die Beziehung zwischen Staat und Bürgern (Government to Citizen, G2C) als auch die Beziehung zwischen Staat und Unternehmen (Government to Business, G2B)
Konzeptionelle Aspekte • Wird in vielen gesellschaftlichen Bereichen generiert, wie etwa in Wirtschaft, Politik oder Soziales • Kann nur schwierig quantitativ gemessen werden	**Konzeptionelle Aspekte** • Begünstigen die Interaktion zwischen Staat und Bürgern • Web 2.0-Anwendungen oder soziale Medien geben einen besonders starken Impuls zur Verwirklichung von Open Government • Erfordern erhebliche finanzielle und personelle Investitionen, um Open Government zu verwirklichen • Erforderlich ist die Akzeptanz der Bürger für neue Technologien	**Konzeptionelle Aspekte** • Wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Open Government • Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz können von äußeren Einflüssen abhängig sein, wie aktuelle Stimmungslagen oder Berichterstattung durch Medien • Erfolgreiches Open Government benötigt die Akzeptanz von neuen Technologien durch Bürger	**Konzeptionelle Aspekte** • International bestehen unterschiedliche relevante Regeln und Gesetze • Klare Gesetze und Regeln begünstigen erfolgreiches Open Government	**Konzeptionelle Aspekte** • Wesentlicher Bestandteil demokratischer Regierungen • Wirkt Korruption entgegen	**Konzeptionelle Aspekte** • Multidimensionaler Faktor von Open Government, der wiederum von verschiedenen anderen Faktoren beeinflusst wird • Eine gute Beziehung stärkt den gesellschaftlichen Konsens

Abb. 4: Darstellung der Peripherie-Elemente zu Open Government (In Anlehnung an Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 13)

das Personal fortgebildet oder aber auch die IT-Infrastruktur ausgebaut werden. Dies erfordert nicht nur Zeit, sondern auch die Unterstützung aller Beteiligten sowie deren Koordinierung.[41]

Akzeptanz/Vertrauen in Regierung

„Akzeptanz" kann als ein Ausmaß verstanden werden, inwieweit die Bürger mit der Strategie der Regierung und deren Umsetzung einverstanden sind. Dagegen kann „Vertrauen" als die Zuversicht der Bürger in die Arbeit ihrer Regierung verstanden werden. Diese beiden Aspekte stellen eine wesentliche Einflussgröße bei der Verwirklichung von Open Government dar.[42]

Das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung kann wiederum von diversen äußeren Einflüssen abhängig sein. Dies können beispielsweise aktuelle Stimmungslagen innerhalb der Bevölkerung, die allgemeine wirtschaftliche Lage oder die Berichterstattung der Medien sein.[43]

Zudem stehen die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürger in einer Wechselbeziehung zu den Säulen von Open Government. Transparenz und der offene Zugang zu Haushaltsdaten begünstigen bürgerschaftliches Engagement und damit auch die Akzeptanz.[44] Ebenso stärken Partizipation und Kollaboration das Vertrauen der Bürger, weil sie in staatliches Handeln mit eingebunden werden.[45]

Relevante Gesetze/Regeln

Relevante Gesetze und Regeln kennzeichnen den rechtlichen Rahmen, der für die Verwirklichung von Open Government maßgeblich ist.[46] Gesetze können den Anspruch des Bürgers auf Transparenz gegenüber dem Staat wirksam begründen.[47] Informationsfreiheitsgesetze, die den öffentlichen Zugang zu Informationen regeln, tragen somit zur Verwirklichung von Open Government bei.

Jedoch variieren die relevanten Gesetze und Regeln einzelner Länder teils erheblich, so dass international die Ausprägungen zu Open Government unterschiedlich sein können.[48] So unterscheidet sich der rechtliche Kontext zu China fundamental von dem Kontext anderer Länder, bei denen Informationsfreiheitsgesetze bereits implementiert sind.[49] Grundsätzlich kann daher angenommen werden, dass sich die Ausprägungen zu Open Government in China und in den USA deutlich unterscheiden werden.

Verantwortung/Rechenschaftspflicht

Regierung und Verwaltung haben die Verpflichtung, eigenes (staatliches) Handeln zu begründen, hierfür Verantwortung zu übernehmen sowie die Resultate des Handelns transparent und nachvollziehbar zu veröffentlichen.[50] Diese Verpflichtung von Regierung und Verwaltung gilt als ein zentraler Bestandteil von Demokratie.[51] Zudem wirkt sie als besonderer Treiber von Transparenz Korruption entgegen.[52] Umgekehrt beeinflussen Transparenz und Partizipation auch die Verantwortung und Rechenschaftspflicht der Regierung.[53]

G2C/G2B-Beziehung

Die G2C/G2B-Beziehung bezeichnet sowohl die Beziehung zwischen Staat und Bürgern (Government to Citizen, G2C) als auch die Beziehung zwischen Staat

41 Lee/Kwak 2012, S. 493.
42 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 11.
43 Nam 2012, S. 2 f.
44 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 11.
45 Mergel 2012, S. 285.
46 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 11.
47 Ball 2009, S. 294 f.
48 Gavelin/Burall/Wilson 2009, S. 13.
49 Piotrowski et al. 2009, S. 129.
50 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 11.
51 Shkabatur 2013, S. 65.
52 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 11.
53 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 9 und S. 11.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und Unternehmen (Government to Business, G2B). Dieses Element ist ein multidimensionaler Faktor von Open Government, der wiederum von verschiedenen anderen Faktoren beeinflusst wird.[54]

Diese Beziehung wird im Wesentlichen durch die drei Säulen von Open Government Transparenz, Partizipation und Kollaboration beeinflusst.[55] Insbesondere Partizipation und Kollaboration integrieren die Bürger in staatliche Prozesse und führen so zu einem verbesserten gesellschaftlichen Konsens.[56]

Abbildung 4 fasst die Darstellung der peripheren Elemente von Open Government zusammen.

Zusammenfassung und Ausblick

Zentraler Ausgangspunkt dieses Beitrags ist die Erkenntnis, dass Open Government bisher im Schrifttum nur unzureichend definiert ist und daher ein unterschiedliches Begriffsverständnis besteht. Dies kann angesichts der zunehmenden Bedeutung von Open Government in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft nicht zufrieden stellen. Dementsprechend beschäftigt sich dieser Beitrag mit den Grundlagen von Open Government.

Die Entwicklungen zu Open Government haben globalen Charakter und zeichnen konzeptionell ein vielfältiges Bild. Auch im Schrifttum bestehen unterschiedliche Definitionen, deren wesentliche Aspekte dieser Beitrag allerdings in einer integrativen Definition berücksichtigt. Darauf aufbauend werden in diesem Beitrag die einzelnen Elemente von Open Government identifiziert, in einem integrativen Open Government-Konzept dargestellt und zuletzt beschrieben. Ziel ist es, ein differenzierteres Verständnis zu Open Government zu etablieren.

Die deutsche Praxis zu Open Government folgt noch keiner klaren Entwicklungslinie. Die Spanne der unterschiedlichen Projekte reicht von offenen Bürgerhaushalten über lokale Bürgerbeteiligungsportale bis hin zu regionalen „Mängelmeldern“ hinsichtlich der öffentlichen Infrastruktur.[57] Auch sind diese Projekte meist lokal begrenzt und nicht flächendeckend in Deutschland vertreten. Dies deutet auf das Fehlen eines gemeinsamen und grundsätzlichen Verständnisses und Konzeptes hinsichtlich der Ausgestaltung und Umsetzung von Open Government bei den zuständigen staatlichen Stellen hin. Verdeutlicht wird dies durch die „Open Government Data-Initiative“ des Bundes: Nur hinsichtlich der Veröffentlichung von Regierungs- und Verwaltungsdaten besteht ein einheitliches nationales Konzept, welches im Wesentlichen der Generierung von mehr Transparenz dient. Damit wird jedoch der Rahmen von Open Government, der mit den Aspekten Partizipation und Kollaboration viel weiter gefasst ist, nicht vollständig abgedeckt.

Die zielgerichtete Ausgestaltung und Umsetzung von Open Government muss verstärkt der Gegenstand zukünftiger Bemühungen sowohl in der Praxis als auch in der Forschung sein. Hierbei ist das übergeordnete Ziel, die Kommunikation bzw. die Schnittstellen zwischen Bürgern, Gesellschaft und Verwaltung mit Hilfe des-Open Government-Ansatzes zu verbessern, um so einen Mehrwert für alle Beteiligten zu generieren. Die Verwaltungspraxis hat hierbei die Aufgabe, den anspruchsvollen Open-Government-Ansatz zu verwirklichen und sich hierbei auch von einem traditionellen Verwaltungsverständnis zu lösen. Die verwaltungspraktische Forschung steht vor der besonderen Aufgabe, die weiteren theoretischen Grundlagen zu Open Government zur Verfügung zu stellen und Methoden zur Vergleichbarkeit unterschiedlicher Bemühungen und Maßnahmen in Bezug auf Open Government zu entwickeln. Besonders interessant erscheint in Anbetracht der zunehmenden Bedeutung von Open Government die Entwicklung eines „Open-Government-Index“, der idealerweise auch einen internationalen Vergleich ermöglicht.

»Das übergeordnete Ziel von Open Government besteht in der Generierung eines Mehrwerts für alle Beteiligten. Die Verwirklichung von Open Government bedarf einer klaren Entwicklungslinie in Wissenschaft und Praxis.«

Literaturverzeichnis

Ball, C. (2009): What Is Transparency?, in: Public Integrity 11, 4, S. 293–308.

Bundesministerium des Innern (2014a): Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Open-Data-Charta der G8, URL: http://www.verwaltung-innovativ.de/SharedDocs/Publikationen/Pressemitteilungen/nationaler_aktionsplan_open_data_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=4, Abruf am 11.11.2014.

Bundesministerium des Innern (2014b): Der Weg zum offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln. Grundlagen für die Verwaltungsarbeit von morgen sind mehr Transparenz, Kooperation und Partizipation, URL: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/Regierungs-Verwaltungshandeln/regierungsverwaltungshandeln_node.html, Abruf am 11.11.2014.

Bundesregierung Deutschland (2013): G8-Gipfel 2013 Lough Erne: Kommuniqué. Arbeitsübersetzung. URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/g8-lough-erne-communique-de.pdf?__blob=publicationFile&v=4, Abruf am 03.12.2014.

54 Wirtz/Birkymeyer 2015, S. 18 f.

55 Geiger/Lucke 2012, S. 265.

56 Chun et al. 2010, S. 5.

57 Siehe z.B. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg 2014, Stadt Essen 2014, Stadt Köln 2014.

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Chun, S. A., et al. (2010): Government 2.0: Making connections between citizens, data and government, in: Information Polity 15, 1, S. 1-9.

Deckert, M./Stern, A./Sack, W. (2011): Peer to PCAST: What does open video have to do with open government?, in: Information Polity 16, 3, S. 225-241.

Evans, A. M./Campos, A. (2013): Open Government Initiatives: Challenges of Citizen Participation, in: Journal of Policy Analysis and Management 32, 1, S. 172-185.

Gavelin, K./Burall, S./Wilson, R. (2009): Open Government: beyond static measures.

Geiger, C. P./Lucke, J. von (2012): Open Government and (Linked) (Open) (Government) (Data), in: eJournal of eDemocracy and Open Government 4, 2, S. 265-278.

Grimmelikhuijsen, S. G./Meijer, A. J. (2013): Effects of Transparency on the Perceived Trustworthiness of a Government Organization: Evidence from an Online Experiment, in: Journal of Public Administration Research and Theory 24, 1, S. 137-157.

Harrison, T. M., et al. (2012): Open government and e-government: Democratic challenges from a public value perspective, in: Information Polity 17, 2, S. 83-97.

Hilgers, D. (2012): Open Government: Theoretische Bezüge und konzeptionelle Grundlagen einer neuen Entwicklung in Staat und öffentlichen Verwaltungen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 82, 6, S. 631-660.

IT-Planungsrat (2012): Steuerungsprojekt „Open Government". Beschluss des IT-Planungsrats vom 25.10.2012, URL: http://www.verwaltung-innovativ.de/SharedDocs/Publikationen/eGovernment/offenes_regierungs_verwaltungshandeln.pdf?__blob=publicationFile&v=6, Abruf am 11.11.2014.

Lee, G./Kwak, Y. H. (2012): An Open Government Maturity Model for social media-based public engagement, in: Government Information Quarterly 29, 4, S. 492-503.

Lucke, J. von/Herzog, C./Heise, C. (2014): In unserem eigenen Interesse! Replik auf Göttrik Wewer zum Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP), in: Verwaltung & Management 20, 4, S. 187-198.

Luna-Reyes, L. F./Chun, S. A. (2012): Open government and public participation: issues and challenges in creating public value, in: Information Polity 17, 2, S. 77-81.

Meijer, A. J./Curtin, D./Hillebrandt, M. (2012): Open government: connecting vision and voice, in: International Review of Administrative Sciences 78, 1, S. 10-29.

Mergel, I. (2012): The social media innovation challenge in the public sector, in: Information Polity 17, 3, S. 281-292.

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2014): Maerker Brandenburg, URL: http://maerker.brandenburg.de/brandenburg, Abruf am 09.12.2014.

Nam, T. (2012): Citizens' attitudes toward Open Government and Government 2.0, in: International Review of Administrative Sciences 78, 2, S. 346-368.

Obama, B. (2009): Transparency and Open Government. Memorandum for the Heads of Executive Departments and Agencies., URL: http://www.whitehouse.gov/the_press_office/TransparencyandOpenGovernment/, Abruf am 11.11.2014.

Open Government Partnership (2014): Participating Countries. URL: http://www.opengovpartnership.org/countries, Abruf am 03.12.2014.

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD) (2009): Government at a Glance 2009, URL: http://www.oecd-ilibrary.org/governance/government-at-a-glance-2009_9789264075061-en, Abruf am 12.11.2014

Piotrowski, S. J., et al. (2009): Key Issues for Implementation of Chinese Open Government Information Regulations, in: Public Administration Review 69, S. 129-135.

Reddick, C./Ganapati, S. (2011): Open government achievement and satisfaction in US federal agencies: survey evidence for the three pillars, in: Journal of E-Governance 34, 4, S. 193-202.

Shkabatur, J. (2013): Transparency With(out) Accountability: Open Government in the United States, in: Yale Law & Policy Review 31, 1, S. 1-66.

Stadt Essen (2014): Essen Beteiligen, URL: http://beteiligung.essen.de/, Abruf am 09.12.2014.

Stadt Köln (2014): Bürgerhaushalt, URL: https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2015/, Abruf am 09.12.2014.

van Dooren, W./Caluwe, C. de/Lonti, Z. (2012): How to Measure Public Administration Performance, in: Public Performance & Management Review 35, 3, S. 489-508.

Wewer, G. (2014b): Im eigenen Interesse? Deutschland und die Open Government Partnership, in: Verwaltung & Management 20, 4, S. 171-186.

Wirtz, B. W./Birkymeyer, S. (2015): Open government: Origin, development and conceptual perspectives. forthcoming, in: International Journal of Public Administration 2015 (DOI: 10.1080/01900692.2014.942735). (im Druck)

Yagoda, J. A. (2010): Seeing is Believing: The Detainee Abuse Photos and Open Government's Enduring Resistance to Their Release during an Age of Terror, in: University of Florida Journal of Law & Public Policy 21, S. 273-306.

Wirtschaftsanthropologie

Herausgegeben von
Prof. Dr. Claus Dierksmeier,
Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel und
Prof. Dr. Jürgen Manemann

2015, ca. 224 S., brosch., ca. 39,– €
ISBN 978-3-8487-1806-1

Erscheint ca. März 2015

www.nomos-shop.de/23546

„Wer ist der Mensch, wenn er wirtschaftlich handelt?" – mit dieser Frage befasst sich die Wirtschaftsanthropologie. Während sich die Diskussionen der letzten Jahre vor allen Dingen um den Homo oeconomicus, um seine Beschränkungen und Möglichkeiten, drehten, so herrscht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass es sich hier um eine unzulängliche Modellvorstellung handelt.

Der Band ist ein Beitrag zur Ausarbeitung und weiteren Entwicklung der neu entstehenden Wirtschaftsanthropologie als Disziplin. Die Beiträge befassen sich mit der Frage, durch welche Konzepte aus interdisziplinär angrenzenden Wissenschaften das Bild vom Menschen im Handlungsfeld Wirtschaft angemessener begriffen werden kann.

Nomos

https://doi.org/10.5771/0947-9856-2015-1-46
Generiert durch IP '18.226.28.36', am 05.09.2024, 16:02:54.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.